

„Bewaffnete Guerilla nicht mehr zeitgemäß“

Venezuelas Präsident Chávez kritisiert die Farc-Rebellen in Kolumbien und ruft sie auf, die Waffen niederzulegen

Von Peter Burghardt

Buenos Aires – Die Launen des Hugo Chávez sind oft überraschend, gerade in seiner wöchentlichen Fernsehshow *Aló Presidente*, Hallo Präsident. In dem stundenlangen Programm verbreitet Venezuelas Staatschef gerne seine Ideen und wandte sich dabei auch immer wieder an Kolumbiens marxistische Farc-Rebellen, die für ihn bis zuletzt Freiheitskämpfer gewesen sind. Am Sonntag präsentierte er eine erstaunliche Wende. „Der Guerillakrieg ist Geschichte“, verkündete Chávez und legte den Farc die Selbstauflösung nahe. „Es ist so weit, Cano“, Alfonso Cano gilt als neuer Anführer dieser größten und ältesten Rebellenarmee der westlichen Welt. Die Farc sollten alle Entführten frei lassen. „Ohne Gegenleistung, das wäre eine großartige humanitäre Geste.“ Eine Guerilla-Bewegung sei nicht mehr zeitgemäß und damit fehl am Platze. „Das muss man den Farc sagen.“

„Lasst all die Leute frei“

Der frühere Fallschirmjäger Cávez gilt als Vertrauter der Farc, die seit vier Jahrzehnten den kolumbianischen Staat bekämpfen und sich mit Lösegeldern und Drogenhandel finanzieren. Bis vor kurzem forderte Chávez, die Vereinigung aus den Terrorlisten der USA und der EU zu streichen. Wegen seiner Vermittlung ließen die Urwaldkämpfer sechs verschleppte Politiker frei. Noch aber haben sie mindestens 800 Menschen in ihrer Gewalt, unter ihnen die Franco-Kolumbianerin Ingrid Betancourt. Immer wieder forderte Chávez ein Treffen mit dem legendären Farc-Kommandanten Manuel Marulanda alias Tirofijo (Sicherer Schuss). Doch der ist tot, Chávez trauerte und appelliert an Tirofijos Nachfolger Cano. „Komm, lasst all diese Leute frei, da sind Alte, Frauen, Kranke und Soldaten seit zehn Jahren in den Bergen. Das könnte der erste Schritt zu dem sein, was wir anstreben: Dass die internen Kriege Kolumbiens zu Ende gehen.“

Bisher lebten seine linke Revolutionsbewegung wie auch der rechtskonservative Rivale Álvaro Uribe in Bogotá nicht schlecht von der Auseinandersetzung. Doch die Farc und Chávez sind in die Defensive geraten. Mit milliardenschwerem Beistand der USA drängte das kolumbianische Militär die Insurgenten zurück. Zuletzt wurden mehrere ihrer Anführer verhaftet, getötet, oder sie ergaben sich. Beim Luftangriff auf ein Farc-Lager in Ecuador starb deren Sprecher Raúl Reyes. Bei ihm wurden laut Angaben der kolumbianischen Regierung Laptops gefun-



Venezuelas Präsident Hugo Chávez wünscht sich, dass dieses Bild Alltag wird. Mitglieder der Farc-Guerilla legen ihre Waffen nieder und ergeben sich der regulären kolumbianischen Armee.
Foto: AFP

den, deren Inhalt Chávez kompromittieren. E-Mails auf den Festplatten zufolge soll Venezuelas Regierung den Farc 300 Millionen Dollar in Aussicht gestellt haben. Obendrein meldeten die kolumbianischen Behörden die Verhaftung eines mutmaßlichen venezolanischen Beamten mit 40 000 Magazinen für Kalaschnikows, angeblich bestimmt für die Farc. Chávez sagte dazu, die Farc hätten sich „in einen Vorwand für das Imperium verwandelt, um uns zu bedrohen“, gemeint ist mit dem Imperium, das Venezuela bedroht, natürlich Washington.

Der Streit mit den USA spitzt sich zu. Das US-Außenministerium will wieder Kriegsschiffe vor Venezuela patrouillieren lassen, Chávez ließ vor seiner Küste kürzlich eine Raketenübung abhalten.

Und nun gibt er den Friedensstifter, weil allzu militantes Benehmen besonders zu Hause schlecht ankommt. Laut Umfragen lehnen die meisten Venezolaner die Nähe zu den Farc ab, auch verlor der Präsident das Referendum, mit dem er den Sozialismus für immer in der Verfassung verankern wollte. Es droht zudem eine Niederlage bei den Regionalwahlen, weshalb Chávez auch andere Maßnahmen entschärfte. Vorige Woche hatte er per Dekret ein Gesetz nach dem Vorbild des Patriot Act in den USA erlassen, das Geheimdiensten die Spionage erleichtern würde. Am Wochenende kassierte er den Vorstoß wieder. „Das kann nicht sein“, empörte sich Chávez zuzusagen über sich selbst, „niemand kann dazu gezwungen werden, andere zu denunzieren.“

Nachbar Kolumbien begrüßte vorsichtig den Sinneswandel. „Vernünftig“ seien seine Worte, lobte die kolumbianische Bischofskonferenz. „Er hat verstanden, dass es gegenüber Gruppen wie den Farc und Paramilitärs in der Welt eine neue politische Realität gibt“, sagt der Abgeordnete Mauricio Lizcano, Sohn einer Geisel, der Uribe nahesteht. Kolumbiens Innenminister Carlos Holguín sagte: „Wie schön, hoffentlich hören das die Farc, hoffentlich hört das ganz Lateinamerika.“ Die Angehörigen der Entführten und Menschenrechtler wünschen sich, dass auch Kolumbiens Regierung Einsicht zeigt und mit der Guerilla so entschlossen verhandelt wie mit den Todeschwadronen. Es heißt, man habe mit Farc-Chef Cano Kontakt aufgenommen.